



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

51. Sitzung (öffentlich)

8. Mai 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:40 Uhr bis 18:15 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Fixierungen im Justiz- und Maßregelvollzug und bei öffentlich-rechtlichen Unterbringungen in psychiatrischen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen | 8 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5011 | |
| – Abschließende Beratung und Abstimmung | |

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der Fraktion der SPD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

- 2 Kein Kahlschlag beim landesrechtlichen Mieterschutz: Die Kappungsgrenzenverordnung muss verlängert werden** **10**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4454
- Ausschussprotokoll 17/607
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Der Antrag wird gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt.
- 3 Älteren Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zu Pflege- und Altenhilfe erleichtern und ihre Lebensleistung würdigen** **12**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4455
- Ausschussprotokoll 17/579
- Abschließende Beratung und Abstimmung
- Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum passieren zu lassen.
- 4 Geschönte Statistiken oder Steuergeldverschwendung? – Wie hoch ist die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche und deren finanzielle Auswirkungen auf das Land NRW tatsächlich?** **13**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3591
- Ausschussprotokoll 17/581
- Auswertung der Anhörung

5 Sie sind in Nordrhein-Westfalen willkommen! – Berufsanerkennungsverfahren verbessern und im Sinne der antragstellenden Menschen weiterentwickeln 14

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3805

in Verbindung mit

Integration beginnt mit Ausbildung und Arbeit – Bewährtes bewahren, Ideen entwickeln, Unterstützung leisten.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4113

in Verbindung mit

Die Landesregierung muss die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt vorantreiben!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3011

Ausschussprotokoll 17/558

– Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung zu Drucksache 17/3011

Der Ausschuss verzichtet zunächst auf ein Votum zu Drucksache 17/3011 und verständigt sich darauf, dass in der Obleserunde ein gegebenenfalls erfolgreicher gemeinsamer Antrag mit Blick auf die Anträge in Drucksache 17/3805 und in Drucksache 17/3011 erörtert werden soll.

6 Frohe Weihnachten! – In der Herberge war kein Platz: Die Landesregierung muss endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung wahrnehmen 18

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4457

Ausschussprotokoll 17/582

– Auswertung der Anhörung

7 Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5587

– Verfahrensabsprache

Der Ausschuss verständigt sich auf die Durchführung einer Anhörung von Experten in kleiner Runde. Absprachen zum Verfahren sollen im Rahmen der Obleuterunde erfolgen.

8 Tuberkuloseerkrankungen ernst nehmen und fernab jeglicher Ideologie bekämpfen 22

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5629

– Verfahrensabsprache

Die antragstellende Fraktion beantragt eine schriftliche Anhörung. Weitere Absprachen zum Verfahren sollen im Rahmen der Obleuterunde erfolgen.

9 Aktueller Sachstand zum Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) 23

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1986

– Aussprache

10 Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfälischen Krankenhäusern (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]) 25

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1987

– Aussprache

- 11 Weiterführung des Programms „Berufseinstiegsbegleitung“** (*Bericht beantragt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3]*) **29**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1988
- Aussprache
- 12 Einführung einer Impfpflicht gegen Masern in Kitas** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) **31**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/2007
- Aussprache
- 13 Entwurf eines Gesetzes für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV) – Konsequenzen für das Heilpraktikerwesen in NRW** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 5]*) **38**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1989
- Aussprache
- 14 Konsum von Aufputzmitteln und sogenannten „Life-Style“-Drogen wie z. B. Amphetaminen in Schule, Studium und bei Prüfungssituationen** (*Bericht beantragt von den Fraktionen von der CDU und der FDP [s. Anlage 6]*) **39**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1990
- Aussprache
- 15 Verschiedenes** **40**
- a) Termine für Ausschusssitzungen 2020** (*Tischvorlage [s. Anlage 7]*) **40**
- Der Ausschuss bestätigt die in der Tischvorlage vorgeschlagenen Sitzungstermine für das Jahr 2020.

b) Terminierung der Anhörung zu Drucksache 17/5384 40

Gemäß Beschluss der Obleuterunde soll die von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Anhörung zum Antrag „Wohnungslosigkeit von Frauen entgegen wirken – Hilfeangebote flächendeckend ausbauen – Ursachen beseitigen“ – Drucksache 17/5384 – am 04.09.2019 von 11:00 Uhr bis ca. 13:00 Uhr stattfinden.

c) Mitteilung zu einer Terminkorrektur 40**d) Änderung des Verfahrens zu Drucksache 17/5057 und Drucksache 17/5620 40**

Die antragstellende Fraktion der AfD erklärt sich damit einverstanden, die Beratung zu den Anträgen „Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen – Wir benötigen eine psychiatrische Präventionsambulanz für Risikopatienten“ – Drucksache 17/5074 – und „Subventionen gezuckerter Milchprodukte stoppen – Das Schulmilchprogramm muss neu konzipiert werden und die Gesundheit unserer Kinder in den Fokus rücken“ – Drucksache 17/5360 – in der nächsten Sitzung fortzusetzen, da für die beantragten Anhörungen innerhalb der jeweiligen Frist keine Sachverständigen benannt wurden.

e) Gemeinsame Anhörung zu Drucksache 17/5057 und Drucksache 17/5620 40

Es erhebt sich kein Einspruch gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, eine gemeinsame Anhörung zum Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Den Beamtinnen und Beamten in NRW die freiwillige Versicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ermöglichen“ – Drucksache 17/5057 – und dem Gesetzentwurf der Fraktion von der SPD „Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe“ – Drucksache 17/5620 – durchzuführen.

f) Information zu den angeforderten Ergebnissen der Verbändeanhörung zum Sechsten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Neuland Nordrhein-Westfalen – Drucksache 17/5344 – 41

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, in der nächsten Ausschusssitzung über den Gesetzentwurf abzustimmen.